

Dringliche Interpellation

betreffend **Abschöpfung der Grundstückgewinnsteuer durch den Kanton**

eingereicht von: Katja Hager (SP), Michael Zundel (Grüne/AL), Christian Hartmann (SVP), Iris Kuster (Die Mitte) und Samuel Kocher (GLP)

am: 30. Juni 2025

Geschäftsnummer: 2025.84

Text und Begründung

Wenn jemand im Kanton Zürich ein Haus verkauft und dabei Gewinn macht, erhalten die Gemeinden einen Anteil davon: die Grundstückgewinnsteuer. Die Grundstückgewinnsteuern sollen die Gemeinden bei der Entwicklung und Instandhaltung der Infrastruktur unterstützen, die vor allem aufgrund der baulichen Tätigkeiten ausgebaut und unterhalten werden müssen. Der Regierungsrat des Kantons Zürich will nun die Grundstückgewinnsteuern der Gemeinden anzapfen. Künftig sollen 25 Prozent der Einnahmen an den Kanton fliessen.

Der Stadtrat spricht sich in seiner Vernehmlassungsantwort klar gegen das Vorhaben des Regierungsrates aus. Die Abschöpfung von einem Viertel der Erträge durch die Grundstückgewinnsteuer der Stadt Winterthur durch den Kanton würden Einnahmeverluste in der Höhe von durchschnittlich 14,9 Millionen Franken bedeuten, was rund 5 Steuerfussprozenten entspricht. Dieser finanzielle Einschnitt ist gross. Für die weitere Planung sind zusätzliche Informationen zu den potenziellen Auswirkungen dringend und zentral.

Wir bitten den Stadtrat deshalb um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viel CHF hat Winterthur in den vergangenen *zehn* Jahren durch Grundstückgewinnsteuern eingenommen – bitte auflisten pro Jahr.
2. Wie hoch wäre die jährlich abzuführende Summe bei einem Anteil von 25 Prozent über die letzten *zehn* Jahre – bitte auflisten pro Jahr.
3. Wie viel der Grundstückgewinnsteuern geht auf natürliche, wie viel auf juristische Personen zurück – bitte auflisten pro Jahr.
4. Welche Projekte müsste die Gemeinde zurückstellen, um die Einnahmehausfälle zu kompensieren, wenn dies nicht mit Steuerfusserhöhungen gemacht wird?
5. Hat der Regierungsrat Kompensationsleistungen in irgendeiner Form angekündigt hat. Falls ja, wie würden diese sich auf den Finanzhaushalt der Stadt Winterthur auswirken?